

«Direkt Betroffene jubeln naturgemäss nicht»

Theresa Goop, Studienautorin der Studie «Staatliche Beitragsleistungen neu gedacht», berichtet über die begleitende Kommunikation, die Reaktionen auf die Empfehlungen und das weitere Vorgehen der Stiftung Zukunft.li.



Interview: Corina Vogt-Beck
Bilder: Nils Vollmar

Die ersten Reaktionen auf die Studie «Staatliche Beitragsleistungen neu gedacht» der Stiftung Zukunft.li fielen deutlich ablehnend aus: das Ministerium für Präsidiales und Finanzen stellte auf Medienanfragen klar, dass man trotz der Kritik an den Wirtschaftsförderungen festhalten werde. Die Förderschecks für KMU seien erst kürzlich verlängert worden, und eine Überprüfung im Jahr 2025 habe deren hohen Wert bestätigt. Die Geschäftsführung von Liechtenstein Finance widerspricht der Empfehlung zur Streichung ihres staatlichen Beitrags ebenfalls. Der Verein betont, dass die geforderte Wirkungsprüfung und Berichterstattung intern regelmässig stattfindet, diese Daten in der Studie jedoch nicht berücksichtigt worden seien. Die Institution sei ein entscheidender, messbarer Reputationsfaktor für den Standort und stehe für einen erfolgreichen Schulterschluss zwischen Staat und Privatwirtschaft. Wir haben mit **Theresa Goop** darüber gesprochen.

Frau Goop, gemäss Ihrer Studie machen die staatlichen Förderbeiträge mittlerweile rund 40 Prozent des betrieblichen Aufwands aus. Ist diese Quote im Vergleich mit anderen Ländern sehr hoch?
Theresa Goop: Der Anteil klingt enorm hoch, ist aber interessanterweise sehr ähnlich zu anderen Ländern. Wir liegen damit im EU-Durchschnitt.

Sie weisen darauf hin, dass diese Ausgaben in den vergangenen 25 Jahren deutlich stärker gewachsen sind als die Wirtschaftsleistung. War diese Dynamik der Hauptgrund für Zukunft.li, die staatlichen Beitragsleistungen genauer zu beleuchten?
 Auf jeden Fall. Die Frage begleitet uns schon länger, besonders seit der Coronapandemie. Es kam zu einem erwarteten Ausgabenwachstum, insbeson-

«Die Reaktionen zeigen, dass seitens Liechtenstein Finance der Wunsch nach einem direkten Austausch bestanden hätte.»

dere bei den Sozialausgaben. Doch die Zahlen sind danach nie mehr auf das Vor-Pandemie-Niveau gesunken. Trotz diverser Sparmassnahmen zeigt die Tendenz weiter nach oben.

Sie haben 10 der insgesamt 150 Staatsbeiträge exemplarisch untersucht und fordern eine zielgerichtete Verteilung statt der Giesskanne. Genau. Wenn staatliche Gelder zielgerichtet an 30 statt an 100 Personen ausbezahlt werden, erhalten die Betroffenen einen höheren Betrag. Wir machen jedoch keine Aussagen zum Sparpotenzial. Uns geht es um die systemische Hebelwirkung und darum, Transparenz über notwendige Stellschrauben zu schaffen.

Ein Schwerpunkt betrifft die Wirtschaftsförderung. Sie empfehlen, die Export-, Digital- und Innovationschecks sowie den Beitrag an Liechtenstein Finance komplett zu streichen, und sprechen von «Staatsversagen». Für Laien klingt dieser Begriff extrem.
 Das stimmt. Damit ist natürlich nicht gemeint, dass der Staat generell ver-

sagt. Es geht um das ökonomische Spannungsverhältnis zwischen Markt- und Staatsversagen: Bei Marktversagen gibt es gute Gründe für staatliche Eingriffe. Von Staatsversagen spricht man, wenn der Staat agiert, obwohl der Markt die Aufgabe selbst besser regeln könnte.

Sie argumentieren also, dass Wirtschaftsverbände und Private die Mittel hätten, diese Aufgaben selbst zu übernehmen?
 Genau. Und in diesen beiden Fällen haben die Beteiligten ein Eigeninteresse daran und tun es teilweise bereits. Bei den Schecks gehört es zu den Kernaufgaben von Unternehmen, innovativ, exportfähig und digitalisiert zu bleiben. Bei Liechtenstein Finance profitiert die Finanzbranche selbst am meisten von einer guten Reputation. Der Markt agiert hier bereits, erhält aber dennoch staatliche Zuschüsse. Man spricht dabei von klassischen Mitnahmeeffekten.

Der Beitrag für Liechtenstein Finance ist jedoch ein fixer Jahresbeitrag und somit nicht dynamisch gewachsen.
 Richtig. Von 2020 bis 2024 erhielt der Verein jährlich 320 000 Franken, für 2025 wurde der Beitrag um rund 20 Prozent auf 384 000 Franken erhöht. Dieser Betrag macht derzeit mehr als ein Drittel der gesamten Mitgliedeinnahmen aus. Wenn der Verein 2025 die Mitgliedsbeiträge erhöht hat und die Mitglieder mit der Arbeit der Geschäftsstelle sehr zufrieden sind, zeigt dies, dass das Interesse an der Vereinsarbeit besteht. Wir stellen nicht den Nutzen des Vereins infrage, sondern betonen, dass es hierfür keine staatliche Finanzierung braucht.

Bei den Förderschecks wird das budgetierte Rahmenbudget meist gar nicht ausgeschöpft.
 Ja, die effektiven Auszahlungen liegen deutlich unter dem Budget. Das Amt prüft die Anträge streng und lehnt nicht passende Projekte ab.

Empfehlen Sie, den entsprechenden Gesetzesartikel zur Wirtschaftsförderung zu streichen?
 Nein. Der Gesetzesartikel ist zwar extrem kurz und gewährt der Verwaltung einen grossen Handlungsspielraum. Wir plädieren aber nicht für die Abschaffung des Artikels, sondern für eine angepasste Interpretation bezüglich der Schecks. Sinnvoll ist beispielsweise die Kooperation des Landes mit Switzerland Global Enterprise: Unternehmen erhalten dort als Mitglied Grundinformationen zum Export ohne grossen Verwaltungsaufwand. Aber spezifische Schecks für Messeauftritte oder einzelne Digitalisierungsprojekte sehen wir in der Eigenverantwortung der Unternehmen.

Haben Sie vor der Publikation das Gespräch mit den Verantwortlichen – etwa von Liechtenstein Finance, der Regierung oder dem Landtag – gesucht?
 Dort, wo wir in der öffentlichen Information zu wenig Material hatten, um eine Einschätzung zu machen, haben wir natürlich mit Verantwortlichen gesprochen. Mit Liechtenstein Finance waren wir vorab nicht in Kontakt. Wir haben uns auf öffentlich zugängliche Publikationen, zum Beispiel Berichte und Anträge, und Landtagsdebatten gestützt. Die Reaktionen zeigen jedoch, dass seitens Liechtenstein Finance der Wunsch nach einem direkten Austausch bestanden hätte.

Die kritischen Rückmeldungen kamen also erst nach der Veröffentlichung?
 Es reagiert natürlich niemand erfreut, wenn die Streichung einer staatlichen

«Von Staatsversagen spricht man, wenn der Staat agiert, obwohl der Markt die Aufgabe selbst besser regeln könnte.»



Einnahmequelle empfohlen wird. Die Gesprächsbereitschaft und Offenheit, zu informieren, ist aber vorhanden. Wir empfehlen ja auch grössere Transparenz und öffentliche Verfügbarkeit von Informationen, und diesbezüglich haben wir Offenheit erfahren.

In der Studie heisst es, die Wirksamkeit der Gelder sei unklar. Also wird eine bessere Kommunikation über ihre Wirkung nicht ausreichen.
 Es gibt zwei Ebenen: Wenn eine Organisation eine eigene Wirksamkeitsmessung vorlegt, ist das zu begrüßen. Gerade bei Reputationsthemen ist dies schwer nachzuweisen. Allerdings betrifft das nicht unser Hauptargument der Mitnahmeeffekte: Die entscheidende ökonomische Frage lautet, ob die durchschnittlich 330 000 Franken Staatsbeitrag eine zusätzliche Wirkung erzielen, die ohne staatliches Geld nicht entstanden wäre. Das bezweifeln wir.

Haben Sie bezüglich der KMU-Schecks Vorgespräche mit der Wirtschaftskammer oder Unternehmen geführt?
 Vorab haben wir mit dem Amt für Volkswirtschaft gesprochen, um die genauen Abläufe und Ziele zu verstehen. Der direkte Austausch mit Verbänden und Unternehmen steht nun im Rahmen der Nachbereitung an.

Gab es bereits weitere Reaktionen?
 In der Zwischenzeit haben wir Gespräche mit dem Bankenverband und Liechtenstein Finance sowie mit Landtagsabgeordneten geführt. Da Sommerpause war, stehen weitere Termine noch bevor. Die Reaktionen der unbeteiligten Akteure waren positiv nach dem Motto: Gut, dass sich jemand diese Zahlen genau ansieht. Direkt Betroffene jubeln naturgemäss nicht. Unser Ziel ist es, die Diskussion anzuregen, und das haben wir erreicht.

Die Regierung argumentiert, die Schecks seien wichtig für KMU und Liechtenstein Finance liefere einen messbaren Mehrwert.
 Wenn das Budget der Schecks nicht ausgeschöpft wird, zeigt das, dass die Nachfrage verhaltener ist als angenommen. Als Thinktank ist es unsere Aufgabe, Denkanstösse zu liefern und ein System zu hinterfragen, das politisch selten kritisch beleuchtet wird. Wir erwarten nicht, dass die Politik sofort jede Empfehlung aufgreift, sondern möchten ein Problembewusstsein für künftige Weichenstellungen schaffen.

Die Studie ist also eher als längerfristiger «Work in Progress» zu verstehen?
 Teilweise ja. Es gibt auch Empfehlungen, die schnell umgesetzt werden können. Wir wollen anhand der Bei-

spiele aber vor allem aufzeigen, welche Fragen man sich stellen muss und welche Konzepte – wie etwa das Vermeiden von Mitnahmeeffekten – in finanzpolitischen Debatten als Werkzeugkasten dienen können.

Sie fordern auch eine zentrale Transparenzdatenbank und Verfallsdaten, sogenannte Sunset-Klauseln. Die Regierung erteilt dem eine Absage, das Einführen solcher Systeme sei zu aufwendig und ohne echten Mehrwert.
 Es ist immer ein Abwägen von Aufwand und Ertrag. Wir sehen, dass regelmässige Überprüfungen und Transparenz Vertrauen in die Politik schaffen, da sie signalisieren, dass Beitragsleistungen nicht für die Ewigkeit gedacht sind. Bei Finanzbeschlüssen – wie dieser für Liechtenstein Finance – wird dies bereits praktiziert. Natürlich macht eine Verfallsklausel nicht für jede Beitragsleistung im gleichen Masse Sinn. Es geht darum, im Gesetzgebungsprozess verbindliche Impulse zur Überprüfung zu setzen. Der Nutzen überwiegt hier den bürokratischen Aufwand deutlich.

Sollten Sunset-Klauseln also bei Gesetzesrevisionen systematisch verankert werden?
 Ja, bei neuen Gesetzen oder anstehenden Revisionen wäre eine Befristung extrem sinnvoll. Es verlangt niemand,

«Wenn das Budget der Schecks nicht ausgeschöpft wird, zeigt das, dass die Nachfrage verhaltener ist als angenommen.»

dass jedes Jahr alle Gesetze angetastet werden, aber bei ohnehin anstehenden Anpassungen sollte man Befristungen mit aufnehmen.

Die Regierung betont, dass die Beiträge ohnehin im jährlichen Budgetprozess des Landtags überprüft werden.
 Bei rund 150 Beitragspositionen mit zahlreichen einzelnen Empfängern – zum Teil sind ganze Wirtschaftsverbände in einer Position zusammengefasst – ist es für Landtagsabgeordnete im normalen Budgetprozess kaum möglich, jeden Posten im Detail zu hinterfragen. Die Wahrscheinlichkeit für eine fundierte inhaltliche Prüfung ist viel höher, wenn der Impuls durch eine gesetzliche Befristung vorgegeben ist. Und uns ist es wichtig, dass es überprüft wird.

Welche nächsten Schritte wünschen Sie sich?
 Der Erfolg unserer Arbeit bemisst sich nicht daran, dass morgen alle Empfehlungen eins zu eins umgesetzt werden. Das sind teilweise langfristige Prozesse. Bei manchen Themen, wie die Hilflosenentschädigung oder das Betreuungs- und Pflegegeld im Sozialbereich, ist die politische Diskussion bereits im Gange; dort stossen wir weitere Impulse an. So haben wir das Gefühl, dass wir schneller zu einer Entscheidung kommen werden. Langfristig geht es uns darum, dass vier Grundprinzipien verankert werden: mehr Transparenz, klare Zieldefinitionen, regelmässige Überprüfungen und der Vorrang von Marktmechanismen vor Staatsgeldern. Dies soll sich etablieren. Also gibt es Quick Wins und langfristige Effekte. Wir wollen dazu anregen, Veränderungen nachhaltig anzustossen.

«Wir stellen nicht den Nutzen des Vereins infrage, sondern betonen, dass es hierfür keine staatliche Finanzierung braucht.»

